

In der Ölkrise 2026

Zu Lust und Risiken des Kapitalverkehrs

Von Lucas Zeise

Unter Federführung von Wirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) hat die Bundesregierung die Wachstumsprognose für das laufende Jahr von einem auf nur noch 0,5 Prozent halbiert. Dazu bedurfte es keiner außergewöhnlichen prognostischen Fähigkeiten. Schon in den ersten Wochen des von den USA und Israel am 28. Februar losgetretenen Krieges, als sich der Rohölpreis noch unter 100 US-Dollar je Fass befand, war offensichtlich, dass die Weltwirtschaft unter diesem Krieg erheblich leiden würde. Das galt und gilt besonders für jene Länder wie Deutschland und für Regionen, die auf den Import fossiler Energieträger angewiesen sind. Weil die Ölkonzerne die Preiserhöhung an den Tankstellen schnell an den Endverbraucher weitergaben, rammte sich die negative Wirkung des Krieges sofort ins öffentliche Bewusstsein. Die Berliner Regierung jagte ein (völlig unwirksames) Gesetz durch die Legislative und schob unter Stress einen Beschluss zur Senkung der Spritsteuern um 17 Cent je Liter mit Wirkung von Anfang Mai nach.

Dass damit nur der Autofahrerin und dem Transportgewerbe ein klein wenig geholfen wird, ist Regierenden und Regierten ausnahmsweise gleich klar. Auch ob die Regierung es schafft, sich einen Teil der verlorenen Steuereinnahmen über eine Übergewinnsteuer bei den Ölkonzernen zu holen, ist höchstens eine Fußnote wert. Wie tief wird die Ölkrise 2026 sein? Für Deutschland kann man Reiches Erwartung einer Halbierung des Wachstums als optimistische Annahme werten, die Wirklichkeit werden könnte, wenn der Krieg sofort, also nach acht Wochen, endet. Die harten Daten, die bisher vorliegen, sind die Energiepreise selbst. Die Inflation ist auf der Verbraucherebene schon im März von 1,9 auf 2,7 Prozent gesprungen. Der sogenannte Einkaufsmanagerindex, der bei 50 Punkten ziemlich zuverlässig gleichbleibende Geschäftsaussichten signalisiert, ist von März auf April von 51,9 auf 48,3 gesunken, liegt damit zum ersten Mal seit Mai 2025 wieder unter der Expansionsschwelle von 50 und deutet auf Rezession. Die Bundesregierung gibt uns den sicher nicht falschen Rat, sich auf eine längere Krise einzustellen.

Beim vor einer Woche beendeten Frühjahrstreffen der Notenbanker und Finanzminister beim Internationalen Währungsfonds (IWF) in Washington wurden die wirtschaftlichen Folgen des Krieges gegen den Iran in verhaltenem Tonfall erörtert. Der IWF selbst legte drei mögliche Szenarien für die größte Ölkrise seit 1973, je nach dem weiteren Verlauf, vor: Die mildeste Version ist bereits unrealistisch, da die Ölzufuhr absehbar abgeschnitten bleibt. Die wahrscheinlichen Krisenfolgen sind ein Einbruch der Nahrungsmittel- und Industrieproduktion weltweit. Die ärmeren Länder werden systematisch stärker betroffen sein als die reichen. Die USA werden laut IWF-Prognose noch am wenigsten, mit einem Wachstumsverlust von gerade einmal einem Zehntelprozentpunkt, betroffen sein. Um das zu unterstreichen, erreichte der

S&P-Aktienindex für US-Aktien ein neues historisches Hoch. Die Aussage eines Ratsmitglieds der Europäischen Zentralbank, der aktuelle Krieg sei »globaler wirtschaftlicher Vandalismus«, wurde nicht vom Podium, sondern anonym vorgetragen. Die Regierenden außerhalb der USA ziehen die Köpfe ein. Der klügste Satz der Europäer bisher: »Das ist nicht unser Krieg.«

→ Unser Autor ist Finanzjournalist und Publizist. Er lebt in Aachen

<https://www.jungewelt.de/artikel/521543.in-der-ölkrise-2026.html>